

AMTLICHE MITTEILUNGEN

VERKÜNDUNGSBLATT DER UNIVERSITÄT PADERBORN AM.UNI.PB

AUSGABE 39.21 VOM 10. SEPTEMBER 2021

LEITLINIEN UND VERFAHREN ZUR SICHERUNG GUTER WISSENSCHAFTLICHER PRAXIS DER UNIVERSITÄT PADERBORN (MIT ENGLISCHER ÜBERSETZUNG)

VOM 10. SEPTEMBER 2021

Leitlinien und Verfahren zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der Universität Paderborn

vom 10. September 2021

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und § 4 Abs. 4 Satz 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. März 2021 ([GV. NRW. S. 331](#)), hat die Universität Paderborn die folgende Ordnung erlassen:

Inhalt

Präambel.....	3
1. Abschnitt: Gute wissenschaftliche Praxis – Leitlinien und Standards.....	4
§ 1 Leitprinzipien.....	4
§ 2 Organisationsverantwortung & Leitungsverantwortung.....	4
§ 3 Förderung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses	5
§ 4 Leistungsdimensionen und Bewertungskriterien.....	6
§ 5 Forschungskonzeption und Forschungsdesign.....	6
§ 6 Rollen, Verantwortlichkeiten und Autor*innenschaft.....	7
§ 7 Forschungsdurchführung	8
§ 8 Veröffentlichen und Archivieren	8
§ 9 Begutachtung und Beratung.....	9
§ 10 Ombudsperson.....	10
2. Abschnitt: Wissenschaftliches Fehlverhalten	11
§ 11 Definition	11
§ 12 Ständige Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis.....	12
§ 13 Verfahren zur Aufklärung von Verdachtsfällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens.....	13
§ 14 Ergänzende Maßnahmen, Aufbewahrung der Akten	14
§ 15 Folgen.....	15
§ 16 Inkrafttreten.....	16

Präambel

Die im Grundgesetz festgeschriebene Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist eines der fundamentalen Rechte unserer Gesellschaft. Nur durch diese verbürgte Freiheit ist wahrer Erkenntnisgewinn möglich, der Motor allen Strebens in der Wissenschaft. Diesem Privileg wohnt dabei die Anforderung nach Integrität und Glaubhaftigkeit inne – darauf baut das Vertrauen, welches die Gesellschaft in die Wissenschaft setzt.

Um diesem Vertrauen gerecht zu werden, es zu pflegen und zu fördern, sieht sich die Universität Paderborn der Wahrung guter wissenschaftlicher Praxis in besonderem Maße verpflichtet und hat hierfür in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Mitgliederversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom 3. Juli 2019 folgende Ordnung festgelegt¹. Mit den darin formulierten Leitlinien, Standards und Verfahren kommt die Universität Paderborn ihrer institutionellen Verantwortung zur Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis nach. Verantwortung liegt dabei sowohl bei allen wissenschaftlich Tätigen, die Leitprinzipien der guten wissenschaftlichen Praxis in all ihrem Handeln umzusetzen, als auch den Personen mit Leitungsverantwortung, alle Mitarbeiter*innen entsprechend zu befähigen. Dies wird gestützt durch die universitären Gremien, die für die Herstellung förderlicher Rahmenbedingungen verantwortlich sind. Die Universität Paderborn sieht die gute wissenschaftlichen Praxis als Querschnittsthema und hat daher Instrumente auf unterschiedlichen Ebenen installiert. Die Vermittlung der Grundlagen wissenschaftlicher Integrität beginnt an der Universität Paderborn bereits im Studium und setzt sich in spezifischen Weiterbildungsangeboten zur guten wissenschaftlichen Praxis für den wissenschaftlichen Nachwuchs fort. Betreuungsvereinbarungen der Universität Paderborn sind im Einklang mit den vorliegenden Leitlinien und Standards. Um dem Anspruch als Orientierungsrahmen gerecht zu werden und die an der Universität geltenden Standards bekannt zu machen, erhalten alle wissenschaftlich Tätigen die Leitlinien nach Verabschiedung durch den Senat. Bei Neueinstellung erhält das wissenschaftliche Personal zukünftig bei Vertragsunterzeichnung das vorliegende Dokument.

Institutioneller Anker der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und der Weiterentwicklung von entsprechenden Standards sind die Ombudsperson der Universität Paderborn und die ständige Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis.

¹ Hintergrund des vorliegenden Papiers bilden die Überlegungen, Konzepte und Empfehlungen der folgenden Dokumente: Europäische Kommission - The European Charter for Researchers and The Code of Conduct for the Recruitment of Researchers (2005), All European Academies - The European Code of Conduct for Research Integrity (2017), Wissenschaftsrat - Empfehlungen zu Karrierezielen und –wegen an Universitäten (2014), Wissenschaftsrat - Empfehlungen zu wissenschaftlicher Integrität (2015), Hochschulrektorenkonferenz - Zur Qualitätssicherung in Promotionsverfahren (2012) sowie Ombudsman für die Wissenschaft - Verfahrensgrundsätzen des Ombudsman für die Wissenschaft (2019). Die vorliegenden Leitlinien verstehen sich als Weiterentwicklung des Dokuments „Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten in der Universität Paderborn“ (2009). Zur Sicherstellung der Konformität mit dem Kodex „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft in seiner Fassung vom September 2019, orientiert sich die vorliegende Ordnung eng am Wortlaut des Kodex sowie in Teilen auch am Wortlaut der Denkschrift „Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftliche Praxis“ (2013) und der "Verfahrensordnung zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten" (2019) der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ferner wurde die Ausarbeitung des Dokuments von folgenden verabschiedeten und publizierten Richtlinien und Ordnungen inspiriert: Universität Konstanz (Februar 2018), RWTH Aachen (April 2020), Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Mai 2020), Technische Hochschule Köln (Dezember 2019), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Oktober 2020).

1. Abschnitt: Gute wissenschaftliche Praxis – Leitlinien und Standards

§ 1 Leitprinzipien

- (1) Alle Wissenschaftler*innen der Universität Paderborn tragen die Verantwortung dafür, dass das eigene Verhalten den Standards guter wissenschaftlicher Praxis entspricht. Sie verwirklichen diese grundlegenden Werte und Normen des wissenschaftlichen Arbeitens in all ihrem Handeln und stehen für sie ein. Dies umfasst insbesondere:
 - a) lege artis zu arbeiten,
 - b) alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln,
 - c) strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die eigenen und die Beiträge Dritter zu wahren,
 - d) einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern.
- (2) Gute wissenschaftliche Praxis schließt insbesondere ein:
 - a) die gründliche Prüfung und gewissenhafte Berücksichtigung der mit der Forschung verbundenen ethischen Implikationen,
 - b) die Wahrung der Rechte und des Schutzes der in die Forschung einbezogenen Personen
 - c) die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften,
 - d) die nachvollziehbare Beschreibung der angewandten Methoden,
 - e) die vollständige Dokumentation aller im Forschungsprozess erhobenen Daten und für die Veröffentlichung relevanten Daten,
 - f) das Bemühen um eine nachprüfbar Darstellung der Forschungsergebnisse,
 - g) das korrekte Zitieren,
 - h) die korrekte Verwendung von Darstellungen und Abbildungen,
 - i) die Anerkennung von Rechten anderer insbesondere in Bezug auf von diesen geschaffenes geistiges Eigentum oder von diesen stammenden Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätzen,
- (3) Die Vermittlung der Grundlagen guten wissenschaftlichen Arbeitens beginnt zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt in der akademischen Lehre und wissenschaftlichen Ausbildung. Wissenschaftler*innen sind weiterhin aufgefordert, kontinuierlich die Entwicklungen und Standards der guten wissenschaftlichen Praxis aufzunehmen und umzusetzen. Diesbezüglich stehen erfahrene Wissenschaftler*innen und Nachwuchswissenschaftler*innen in einem kontinuierlichen, wechselseitigen Austausch.

§ 2 Organisationsverantwortung & Leitungsverantwortung

- (1) Das Präsidium der Universität Paderborn schafft gemeinsam mit dem Senat die Rahmenbedingungen für das wissenschaftliche Arbeiten. Das Präsidium ist zuständig für die Einhaltung und Vermittlung guter wissenschaftlicher Praxis, die Bereitstellung der dafür notwendigen

Infrastruktur, insbesondere zur Archivierung von Forschungsdaten und schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Wissenschaftler*innen rechtliche und ethische Standards einhalten können.

- (2) Das Präsidium stellt sicher, dass eine angemessene Karriereunterstützung aller Wissenschaftler*innen und des wissenschaftsakzessorischen Personals gewährleistet ist. Dies umfasst klare und schriftlich festgelegte Verfahren und Grundsätze für die Personalauswahl und die Personalentwicklung sowie für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Chancengleichheit. Die entsprechenden Prozesse sind transparent und vermeiden weitestmöglich nichtwissentliche Einflüsse („unconscious bias“). Im Rahmen der Personalauswahl und der Personalentwicklung werden die Gleichstellung der Geschlechter und die Chancengleichheit von Wissenschaftler*innen mit Behinderung sowie die Vielfalt in ihrer Ganzheitlichkeit berücksichtigt.
- (3) Dem Präsidium obliegt die Verantwortung für eine angemessene institutionelle Organisationsstruktur. Innerhalb dieser sind den jeweiligen wissenschaftlichen Arbeitseinheiten die Aufgaben der Leitung, Aufsicht, Qualitätssicherung und Konfliktregelungen eindeutig zugewiesen und den jeweiligen Mitgliedern und Angehörigen geeignet vermittelt worden.
- (4) Wissenschaftler*innen mit Leitungsfunktion tragen die Verantwortung für ihre wissenschaftliche Arbeitseinheit (z.B. Arbeitsgruppe). Größe und Organisation der wissenschaftlichen Arbeitseinheit sind so gestaltet, dass die Leitungsaufgaben, insbesondere die Kompetenzvermittlung, die wissenschaftliche Begleitung sowie die Aufsichts- und Betreuungspflichten, angemessen wahrgenommen werden können. Sie sind für die Karriereförderung ihres wissenschaftlichen und wissenschaftsakzessorischen Personals verantwortlich. Die Leitung einer wissenschaftlichen Arbeitseinheit trägt dafür Sorge, dass allen Mitgliedern ihre Rollen, Rechte und Pflichten bekannt sind.
- (5) Machtmissbrauch und das Ausnutzen von Abhängigkeitsverhältnissen sind durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowohl auf der Ebene der einzelnen wissenschaftlichen Arbeitseinheit als auch auf zentraler Ebene der Universität Paderborn zu verhindern.

§ 3

Förderung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

- (1) Für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind geeignete Betreuungsstrukturen und -konzepte etabliert. Dies umfasst auch eine aufrichtige Beratung für die Laufbahn und weitere Karrierewege sowie Weiterbildungsmöglichkeiten. Zur Leitungsaufgabe wissenschaftlicher Arbeitseinheiten gehören insbesondere auch die Gewährleistung der angemessenen individuellen – in das Gesamtkonzept der jeweiligen Einrichtung eingebetteten – Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
- (2) Wissenschaftler*innen genießen in der Karrierestufe angemessenes Verhältnis von Unterstützung und Eigenverantwortung. Sie werden durch zunehmende Selbstständigkeit in die Lage versetzt, ihre Karriere zu gestalten.

§ 4

Leistungsdimensionen und Bewertungskriterien

- (1) Für die Bewertung der Leistung von Wissenschaftler*innen ist ein mehrdimensionaler Ansatz erforderlich. Neben der wissenschaftlichen Leistung können weitere Aspekte Berücksichtigung finden.
- (2) Qualität und Originalität haben als Leistungs- und Bewertungskriterien für Prüfungen, für die Verleihung akademischer Grade, für Einstellungen, Berufungen und Beförderungen sowie Mittelzuweisungen Vorrang vor Quantität. Quantitative Indikatoren können nur differenziert und reflektiert in die Gesamtbewertung einfließen.
- (3) Neben der Forschungsleistung finden das Engagement in der Lehre, im Wissens- und Technologietransfer, in der akademischen Selbstverwaltung und der Wissenschaftskommunikation Berücksichtigung. Auch können Beiträge im gesamtgesellschaftlichen Interesse gewürdigt werden. Einbezogen wird auch die wissenschaftliche Haltung der*des Wissenschaftler*in wie Erkenntnisoffenheit und Risikobereitschaft.
- (4) Persönliche, familien- oder gesundheitsbedingte Ausfallzeiten oder dadurch verlängerte Ausbildungs- oder Qualifikationszeiten, alternative Karrierewege oder vergleichbare Umstände werden unter Einbeziehung der bestehenden gesetzlichen Regelungen (u.a. des Nachteilsausgleichs) angemessen berücksichtigt. Soweit freiwillig angegeben, werden – neben den Kategorien des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – auch individuelle Besonderheiten in Lebensläufen in die Urteilsbildung einbezogen.

§ 5

Forschungskonzeption und Forschungsdesign

- (1) Wissenschaftler*innen gehen mit der verfassungsrechtlich gewährten Forschungsfreiheit verantwortungsvoll um. Sie berücksichtigen Rechte und Pflichten, insbesondere solche, die aus gesetzlichen Vorgaben, rechtlichen Rahmenbedingungen aber auch aus Verträgen mit Dritten resultieren, und holen, sofern erforderlich, Genehmigungen und Ethikvoten² ein. Bei Vorhaben, in denen Personen beforscht werden, ist eine informierte Einwilligung der Personen für den konkreten Forschungszweck einzuholen. Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen eines Forschungsvorhabens zählen z.B. dokumentierte Vereinbarungen über die Nutzungsrechte an aus ihm hervorgehenden Forschungsdaten und Forschungsergebnissen.
- (2) Wissenschaftler*innen halten sich an die Grundsätze der soliden, transparenten und effizienten Mittelverwaltung und machen sich mit den spezifischen Förderregularien vertraut. Sie sind bezüglich der Mittelverwendung rechenschaftspflichtig und erweisen sich bei berechtigten Überprüfungen kooperativ.
- (3) Wissenschaftler*innen machen sich die Gefahr des Missbrauchs von Forschungsergebnissen kontinuierlich bewusst. Ihre Verantwortung beschränkt sich dabei nicht auf die Einhaltung rechtlicher Vorgaben, sondern umfasst auch die Verpflichtung, ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Fähigkeiten so einzusetzen, dass Risiken erkannt, abgeschätzt und bewertet werden können. Dabei

² Diese werden bei der Ethikkommission der Universität Paderborn oder einer einschlägigen Ethikkommission der jeweiligen Fachdisziplin eingeholt.

berücksichtigen sie insbesondere die mit sicherheitsrelevanter Forschung (dual use) verbundenen Aspekte.

- (4) Wissenschaftler*innen treffen, sofern möglich und zumutbar, zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt im Forschungsvorhaben dokumentierte Vereinbarungen über die Nutzungsrechte. Die Arbeitsergebnisse stehen grundsätzlich denjenigen Personen zu, die sie geschaffen haben.
- (5) Wissenschaftler*innen berücksichtigen bei der Planung eines Vorhabens den aktuellen Forschungsstand umfassend und erkennen ihn an. Die Identifikation relevanter und geeigneter Forschungsfragen setzt sorgfältige Recherche nach bereits öffentlich zugänglich gemachten Forschungsleistungen voraus.
- (6) Methoden zur Vermeidung von (unbewussten) Verzerrungen bei der Interpretation von Befunden, zum Beispiel Verblindung von Versuchsreihen, werden, soweit möglich, angewandt. Wissenschaftler*innen prüfen, ob und, wenn ja, inwiefern Geschlecht und Vielfältigkeit für das Forschungsvorhaben (mit Blick auf die Methoden, das Arbeitsprogramm, die Ziele etc.) bedeutsam sein können. Bei der Interpretation von Befunden werden die jeweiligen Rahmenbedingungen berücksichtigt.

§ 6

Rollen, Verantwortlichkeiten und Autor*innenschaft

- (1) Die Rollen und die Verantwortlichkeiten der an einem Forschungsvorhaben beteiligten Wissenschaftler*innen sowie des wissenschaftsakzessorischen Personals müssen zu jedem Zeitpunkt eines Forschungsvorhabens klar sein. Die Beteiligten eines Forschungsvorhabens stehen in einem regelmäßigen Austausch. Sie legen ihre Rollen und Verantwortlichkeiten in geeigneter Weise fest und passen diese, sofern erforderlich, an. Eine Anpassung ist insbesondere angezeigt, wenn sich der Arbeitsschwerpunkt einer*eines Beteiligten des Forschungsvorhabens verändert.
- (2) Autor*in ist, wer einen genuinen, nachvollziehbaren Beitrag zu dem Inhalt einer wissenschaftlichen Text-, Daten- oder Softwarepublikation geleistet hat. Der Beitrag muss zu dem wissenschaftlichen Inhalt der Publikation geleistet werden. Wann ein Beitrag genuin und nachvollziehbar ist, ist in jedem Einzelfall gesondert zu prüfen und hängt von dem betroffenen Fachgebiet ab.
- (3) Eine Ehrenautor*innenschaft, das heißt, eine Beteiligung bei der kein solcher Beitrag geleistet wurde, ist nicht zulässig. Eine Leitungs- oder Vorgesetztenfunktion begründet für sich allein keine Mitautor*innenschaft. Reicht ein Beitrag nicht aus, um eine Autor*innenschaft im Sinne von Abs. 2 zu rechtfertigen, kann diese Unterstützung in Fußnoten, im Vorwort oder im Acknowledgement angemessen anerkannt werden.
- (4) Wissenschaftler*innen verständigen sich, wer Autor*in der Forschungsergebnisse werden soll. Die Verständigung über die Reihenfolge der Autor*innen erfolgt rechtzeitig, in der Regel spätestens dann, wenn das Manuskript formuliert wird, anhand nachvollziehbarer Kriterien unter Berücksichtigung der Konventionen jedes Fachgebiets. Ohne hinreichenden Grund darf eine erforderliche Zustimmung zu einer Publikation von Ergebnissen nicht verweigert oder unnötig hinausgezögert werden. Die Verweigerung der Zustimmung muss mit einer nachprüfaren Kritik an Daten, Methoden oder Ergebnissen begründet werden.
- (5) Alle Autor*innen stimmen der finalen Fassung des Werks, das publiziert werden soll, zu. Sie tragen für die Publikation die gemeinsame Verantwortung, es sei denn, es wird explizit anders ausgewiesen.

- (6) Autor*innen achten im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf, dass ihre Forschungsbeiträge von den Verlagen beziehungsweise den Infrastrukturanbietern so gekennzeichnet werden, dass sie von Nutzer*innen korrekt zitiert werden können.

§ 7

Forschungsdurchführung

- (1) Jeder Teilschritt im Forschungsprozess wird *lege artis* durchgeführt. Wissenschaftler*innen stellen insbesondere durch die Einhaltung fachspezifischer Standards und etablierter Methoden eine kontinuierliche, forschungsbegleitende Qualitätssicherung sicher. Bei der Entwicklung neuer Methoden legen sie besonderen Wert auf die Qualitätssicherung und die Etablierung von Standards.
- (2) Die Herkunft von im Forschungsprozess verwendeten Daten, Organismen, Materialien und verwendeter Software wird kenntlich gemacht und die Nachnutzung belegt; die Originalquellen werden zitiert. Art und Umfang von im Forschungsprozess entstehenden Forschungsdaten werden beschrieben. Der Umgang mit ihnen wird, entsprechend den Vorgaben im betroffenen Fach, ausgestaltet. Der Quellcode von öffentlich zugänglicher, selbstprogrammierter Software muss persistent, zitierbar und dokumentiert sein und es muss eine angemessene Lizenz gewählt werden.
- (3) Alle für das Zustandekommen von Forschungsergebnissen relevanten Informationen sind so zu dokumentieren, dass die Replizierbarkeit, Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse durch andere Wissenschaftler*innen uneingeschränkt möglich ist. Dies umfasst auch Einzelergebnisse, die die Forschungshypothese nicht stützen. Eine Selektion von Ergebnissen hat in diesem Zusammenhang zu unterbleiben. Sofern für die Überprüfung und Bewertung konkrete fachliche Empfehlungen existieren, nehmen die Wissenschaftler*innen die Dokumentation entsprechend der jeweiligen Vorgaben vor. Wird die Dokumentation diesen Anforderungen nicht gerecht, werden die Einschränkungen und die Gründe dafür nachvollziehbar dargelegt. Dokumentationen und Forschungsergebnisse sind bestmöglich gegen Manipulationen zu schützen.

§ 8

Veröffentlichen und Archivieren

- (1) Grundsätzlich bringen Wissenschaftler*innen alle Ergebnisse in den wissenschaftlichen Diskurs ein. Im Einzelfall kann es aber Gründe geben (z.B. vertragliche Vereinbarungen mit Drittmittelgebern), Ergebnisse nicht öffentlich zugänglich (im engeren Sinne in Form von Publikationen, aber auch im weiteren Sinne über andere Kommunikationswege) zu machen. Im Fall von öffentlich finanzierten Forschungsvorhaben darf die Entscheidung zur Veröffentlichung nicht von Dritten abhängig gemacht werden.
- (2) Wissenschaftler*innen entscheiden in eigener Verantwortung – unter Berücksichtigung der Gepflogenheiten des betroffenen Fachgebiets –, ob, wie und wo sie ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich machen. Unangemessen kleinteilige Publikationen sind zu vermeiden. Wissenschaftler*innen beschränken die Wiederholung der Inhalte ihrer Publikationen als (Co-)Autor*innen auf den für das Verständnis des Zusammenhangs erforderlichen Umfang.
- (3) Zur Veröffentlichung vorgesehene Forschungsergebnisse beschreiben Wissenschaftler*innen vollständig und nachvollziehbar. Dazu gehört es auch, soweit dies möglich und zumutbar ist, die den

Ergebnissen zugrunde liegenden Forschungsdaten, Materialien und Informationen, die angewandten Methoden sowie die eingesetzte Software in anerkannten Archiven und Repositorien – den FAIR-Prinzipien („Findable, Accessible, Interoperable, Re-Usable“) folgend - verfügbar zu machen und Arbeitsabläufe und die angewandten Mechanismen der Qualitätssicherung umfänglich darzulegen. Eigene und fremde Vorarbeiten weisen Wissenschaftler*innen vollständig und korrekt nach.

- (4) Autor*innen wählen das Publikationsorgan – unter Berücksichtigung seiner Qualität und Sichtbarkeit im jeweiligen Diskursfeld – sorgfältig aus. Wissenschaftler*innen, die die Funktion von Herausgeber*innen übernehmen, prüfen sorgfältig, für welche Publikationsorgane sie diese Aufgabe übernehmen. Die wissenschaftliche Qualität eines Beitrags hängt nicht von dem Publikationsorgan ab, in dem er öffentlich zugänglich gemacht wird.
- (5) Neben und zusätzlich zu Publikationen in Büchern, Konferenz- und Tagungsbänden sowie Sammelbänden und Fachzeitschriften kommen auch Fachrepositorien, Daten- und Softwarerepositorien in Betracht. Ein neues oder unbekanntes Publikationsorgan wird auf seine Seriosität hin geprüft. Ein wesentliches Kriterium bei der Auswahlentscheidung besteht darin, ob das Publikationsorgan eigene Richtlinien zur guten wissenschaftlichen Praxis etabliert hat.
- (6) Wissenschaftler*innen sichern öffentlich zugänglich gemachte Forschungsdaten beziehungsweise Forschungsergebnisse sowie die ihnen zugrunde liegenden, zentralen Materialien und gegebenenfalls die eingesetzte Forschungssoftware, in adäquater Weise unter Beachtung von Abs. 1 bis 5. Diese werden in der Regel für einen Zeitraum von zehn Jahren zugänglich und nachvollziehbar in der Einrichtung, wo sie entstanden sind, oder in standortübergreifenden Repositorien aufbewahrt. In begründeten Fällen können verkürzte Aufbewahrungsfristen angemessen sein; die entsprechenden Gründe werden nachvollziehbar beschrieben. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Datum der Herstellung des öffentlichen Zugangs. Das Präsidium stellt die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung.
- (7) Wenn Wissenschaftler*innen Erkenntnisse öffentlich zugänglich gemacht haben und ihnen dazu im Nachgang Unstimmigkeiten oder Fehler auffallen, berichtigen sie diese. Bilden die Unstimmigkeiten oder Fehler Anlass für die Zurücknahme einer Publikation, wirken die Wissenschaftler*innen bei dem entsprechenden Verlag oder dem Infrastrukturanbieter etc. schnellstmöglich darauf hin, dass die Korrektur beziehungsweise die Zurücknahme erfolgt und entsprechend kenntlich gemacht wird. Gleiches gilt, sofern die Wissenschaftler*innen von Dritten auf solche Unstimmigkeiten oder Fehler hingewiesen werden.

§ 9

Begutachtung und Beratung

- (1) Wissenschaftler*innen, die insbesondere eingereichte Manuskripte, Förderanträge oder die Ausgewiesenheit von Personen beurteilen, sind diesbezüglich zu strikter Vertraulichkeit verpflichtet. Dies schließt die Weitergabe an Dritte und die eigene Nutzung aus.
- (2) Wissenschaftler*innen zeigen etwaige Interessenskonflikte oder Befangenheiten, die in Bezug auf das begutachtete Forschungsvorhaben oder die Person beziehungsweise den Gegenstand der Beratung begründet sein könnten, unverzüglich bei der zuständigen Stelle an.

- (3) Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit und zur Offenlegung von Tatsachen, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen können, gilt auch für Mitglieder in wissenschaftlichen Beratungs- und Entscheidungsgremien.

§ 10

Ombudsperson

- (1) Das Präsidium bestellt für die Universität Paderborn eine Ombudsperson und eine Stellvertretung als Ansprechperson bei Fragen zur guten wissenschaftlichen Praxis und Fragen zu vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten. Das Präsidium macht die Ombudsperson in geeigneter Weise in der Hochschule bekannt.
- (2) Die Ombudsperson berät als neutrale und qualifizierte Ansprechperson in Fragen guter wissenschaftlicher Praxis und in Verdachtsfällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens und trägt zur lösungsorientierten Konfliktvermittlung bei. Sie leitet Verdachtsfälle wissenschaftlichen Fehlverhaltens im Bedarfsfall an die Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis weiter.
- (3) Die Ombudsperson steht denjenigen Personen, die sie über ein mögliches wissenschaftliches Fehlverhalten unterrichten, für Beratungsgespräche zur Verfügung. Sie prüft die Plausibilität der Vorwürfe. Sie berät auch diejenigen, die sich dem Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens ausgesetzt sehen. Dabei berät sie auch über weitere Vorgehensmöglichkeiten nach dieser Ordnung.
- (4) Von der Bestellung zur Ombudsperson und der Stellvertretung sind die Dekan*innen und Prodekan*innen sowie die Mitglieder des Präsidiums und des Hochschulrats ausgeschlossen.
Die Amtszeit der Ombudsperson beträgt drei Jahre. Eine weitere Amtszeit ist möglich. Gleiches gilt für die Bestellung der Stellvertretung. Die Stellvertretung dient der Vertretung im Fall der Befangenheit oder der Verhinderung. Ferner können sich die Ombudsperson sowie die Stellvertretung zum Zwecke der gegenseitigen Beratung austauschen, es sei denn, es wird ausdrücklich anderes gewünscht. Die Ombudsperson und die Stellvertretung sollen nicht derselben Fakultät angehören. Die Ombudsperson berichtet jährlich dem Präsidium
- (5) Die Ombudsperson nimmt die Anfragen unter Wahrung strikter Vertraulichkeit entgegen. Sie arbeitet in ihrer Funktion unabhängig und ist nicht weisungsgebunden.
- (6) Es steht den Mitgliedern und Angehörigen der Universität Paderborn frei, sich anstelle der Ombudsperson der Universität Paderborn an das überregional tätige Gremium „Ombudsman für die Wissenschaft“ der DFG zu wenden.

2. Abschnitt: Wissenschaftliches Fehlverhalten

§ 11 Definition

- (1) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt insbesondere vor, wenn eine Person in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang vorsätzlich oder grob fahrlässig
- a) Falschangaben macht,
 - b) sich fremde wissenschaftliche Leistungen unberechtigt zu eigen macht oder
 - c) die Forschungstätigkeit anderer beeinträchtigt.
- (2) Als wissenschaftliches Fehlverhalten im Sinne von Satz 1 gelten insbesondere:
- a) Falschangaben:
 - a.a.) durch das Erfinden von Daten und/oder Forschungsergebnissen,
 - a.b.) durch das Verfälschen von Daten und/oder Forschungsergebnissen, insbesondere
 - i. durch Unterdrücken und/oder Beseitigen von im Forschungsprozess gewonnenen Daten und/oder Ergebnissen, ohne dies offen zu legen,
 - ii. durch Manipulation einer Darstellung oder Abbildung,
 - a.c.) durch die inkongruente Darstellung von Bild und dazugehöriger Aussage,
 - a.d.) durch unrichtige wissenschaftsbezogene Angaben in einem Förderantrag oder im Rahmen der Berichtspflicht (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen),
 - a.e.) durch die Inanspruchnahme der (Mit-)Autor*innenschaft einer*eines anderen ohne deren*dessen Einverständnis,
 - b) unberechtigtes Zu-eigen-machen fremder wissenschaftlicher Leistungen durch:
 - b.a.) die ungekennzeichnete Übernahme von Inhalten Dritter ohne die gebotene Quellenangabe („Plagiat“),
 - b.b.) die Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen („Ideendiebstahl“),
 - b.c.) die unbefugte Weitergabe von Daten, Theorien und Erkenntnissen an Dritte,
 - b.d.) die Anmaßung oder unbegründete Annahme einer Autor*innen- oder Mitautor*innenschaft, insbesondere, wenn kein genuiner, nachvollziehbarer Beitrag zum wissenschaftlichen Inhalt der Publikation geleistet wurde,
 - b.e.) die Verfälschung des Inhalts,
 - b.f.) die unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist,

c) die Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer, insbesondere durch:

c.a.) Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich des Beschädigens, Zerstörens oder Manipulierens von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die andere zu Forschungszwecken benötigen),

c.b.) Verfälschung oder unbefugte Beseitigung von Forschungsdaten oder Forschungsdokumenten,

c.c.) Verfälschung oder unbefugte Beseitigung der Dokumentation von Forschungsdaten.

(3) Wissenschaftliches Fehlverhalten ergibt sich – bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit – auch aus:

a) der Mitautor*innenschaft an einer Veröffentlichung, die Falschangaben oder unberechtigt zu eigen gemachte fremde wissenschaftliche Leistungen enthält,

b) der Vernachlässigung der Aufsichts- und Betreuungspflichten, wenn eine*ein andere*r objektiv den Tatbestand wissenschaftlichen Fehlverhaltens erfüllt hat und dies durch die erforderliche und zumutbare Aufsicht verhindert oder wesentlich erschwert worden wäre,

c) der vorsätzlichen Beteiligung (im Sinne einer Anstiftung oder Beihilfe) am vorsätzlichen Fehlverhalten anderer,

d) Machtmissbrauch und dem Ausnutzen von Abhängigkeitsverhältnissen,

e) der Erhebung von bewusst unrichtigen oder mutwilligen Vorwürfe des Verstoßes gegen die gute wissenschaftliche Praxis gegenüber anderen Personen.

§ 12

Ständige Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

- (1) Zur Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis wird auf Vorschlag des Präsidiums im Einvernehmen mit dem Senat vom Senat eine ständige Kommission bestellt. Diese hat den Auftrag an der Weiterentwicklung von Standards und der Erstellung von Empfehlungen zur guten wissenschaftlichen Praxis mitzuwirken, Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens aufzuklären und das entsprechende Verfahren nach §13 der Ordnung durchzuführen. Sie arbeitet eng mit der Ombudsperson der Universität zusammen, diese ist jedoch kein Mitglied.
- (2) Die Zuständigkeit der Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsausschüsse sowie der Fakultätsräte für die Feststellung und Ahndung wissenschaftlichen Fehlverhaltens in Studien- und Prüfungsangelegenheiten und im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verleihung akademischer Grade bleibt unberührt.
- (3) Der Kommission gehören für die Dauer von zwei Jahren mit Stimmrecht an:
 - fünf Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer*innen (ein Mitglied pro Fakultät),
 - zwei Mitglieder der Gruppe der akademischen Mitarbeiter*innen,
 - ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden,
 - ein Mitglied aus der Gruppe der Beschäftigten aus Technik und Verwaltung.

- (4) Für jedes Mitglied ist eine Stellvertretung bestellt, die im Falle der Besorgnis der Befangenheit bzw. Verhinderung die Funktion übernehmen kann. Die Kommission kann weitere geeignete Personen mit beratender Stimme hinzuziehen.
- (5) Von der Bestellung zum Kommissionsmitglied und der Stellvertretung sind die Dekan*innen und Prodekan*innen sowie die Mitglieder des Präsidiums und des Hochschulrats ausgeschlossen.
- (6) Eine Wiederbesetzung ist möglich. Die Kommission wählt aus ihrer Mitte eine*n Vorsitzende*n und deren oder dessen Stellvertreter*in aus der Gruppe der Hochschullehrer*innen.
- (7) Die Kommission tagt nichtöffentlich. Die Kommission kommt in der Regel zweimal jährlich und bei Bedarf zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Sie entscheidet mit der Stimmenmehrheit ihrer anwesenden Mitglieder. Alle Entscheidungen der Kommission bedürfen außerdem der Mehrheit der Kommissionsmitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrer*innen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des*der Vorsitzenden den Ausschlag.
- (8) Die Mitglieder der Kommission sind in ihrer Funktion unabhängig und keinen Weisungen unterworfen. Sie unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die*den Vorsitzende*n zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten; gleiches gilt für als Sachverständige hinzugezogene Personen. Die Verpflichtung ist aktenkundig zu machen.
- (9) Die*der Vorsitzende berichtet jährlich dem Präsidium.

§ 13

Verfahren zur Aufklärung von Verdachtsfällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens

- (1) Alle im Verfahren involvierten Stellen setzen sich in geeigneter Weise für den Schutz der hinweisgebenden Person als auch der von den Vorwürfen betroffenen Person ein. Die Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens erfolgt ausdrücklich unter Beachtung der Vertraulichkeit und des Grundgedankens der Unschuldsvermutung.
- (2) Die Anzeige der hinweisgebenden Person muss in gutem Glauben erfolgen. Bewusst unrichtig oder mutwillig erhobene Vorwürfe können selbst ein wissenschaftliches Fehlverhalten begründen. Wegen der Anzeige sollen weder der hinweisgebenden noch der von den Vorwürfen betroffenen Person Nachteile für das eigene wissenschaftliche oder berufliche Fortkommen erwachsen. Die hinweisgebende Person ist auch im Fall eines nicht erwiesenen wissenschaftlichen Fehlverhaltens zu schützen, sofern die Anzeige der Vorwürfe nicht nachweislich wider besseres Wissen erfolgt ist.
- (3) Eine anonym erhobene Anzeige kann nur dann in einem Verfahren überprüft werden, wenn die*der Hinweisgebende der Stelle, die den Verdacht prüft, belastbare und hinreichend konkrete Tatsachen vorträgt. Ist die*der Hinweisgebende namentlich bekannt, behandelt die untersuchende Stelle den Namen vertraulich und gibt ihn nicht ohne entsprechendes Einverständnis an Dritte heraus. Etwas anderes gilt nur, wenn hierzu eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder die*der von den Vorwürfen Betroffene sich andernfalls nicht sachgerecht verteidigen kann, weil es hierfür ausnahmsweise auf die Identität der*des Hinweisgebenden ankommt. Bevor der Name der*des Hinweisgebenden offengelegt wird, wird sie*er darüber umgehend in Kenntnis gesetzt; die*der Hinweisgebende kann entscheiden, ob sie*er die Anzeige – bei abzusehender Offenlegung des Namens – zurückzieht.

- (4) Erhält die Ombudsperson Hinweise auf wissenschaftliches Fehlverhalten so prüft sie den Sachverhalt nach pflichtgemäßem Ermessen unter Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung, auf mögliche Motive und im Hinblick auf Möglichkeiten zur Ausräumung der Vorwürfe. Die Ombudsperson prüft mit der von den Vorwürfen betroffenen Person und der hinweisgebenden Person getrennt, ob ein Verdachtsfall behandelt werden soll. Wenn alle drei Parteien übereinstimmen, dass der Verdacht unbegründet ist oder dieser zwischenzeitlich ausgeräumt werden konnte, erübrigt sich ein Verfahren. Andernfalls verständigt die Ombudsperson die Kommission zur Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis und übermittelt ihr schriftlich den Verfahrensstand. Die Ombudsperson informiert das Präsidium unverzüglich über die Eröffnung des förmlichen Untersuchungsverfahrens. Sie informiert zudem die hinweisgebende und die von den Vorwürfen betroffene Person über die Weitergabe des Verfahrens an die Kommission.
- (5) Die Kommission kommt unverzüglich, in der Regel innerhalb von zwei Wochen, nach Übermittlung des Verfahrensstands durch die Ombudsperson zusammen. Die Kommission ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen und prüft den Vorwurf in freier Beweiswürdigung. Sie ist berechtigt, alle zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen Schritte zu unternehmen. Hierzu kann sie alle notwendigen Informationen und Stellungnahmen einholen und im Einzelfall Fachgutachter*innen aus dem Gebiet des zu beurteilenden wissenschaftlichen Sachverhalts sowie Expert*innen für den Umgang mit solchen Fällen beratend hinzuziehen. Mitglieder, Angehörige, Gremien, Fakultäten und Einrichtungen der Universität Paderborn haben die Kommission bei der Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben umfassend zu unterstützen. Soweit es zweckdienlich ist, kann die Kommission mehrere ihr vorliegende Fälle, die denselben Sachverhalt betreffen, verbinden und auch wieder trennen.
- (6) Der*dem Betroffenen ist die Möglichkeit zur Stellungnahme einzuräumen. Auf Antrag ist sie*er mündlich anzuhören; dazu kann sie*er eine Person ihres*seines Vertrauens als Beistand hinzuziehen.
- (7) Die Kommission ist einer zügigen Aufklärung des Sachverhalts verpflichtet.
- (8) Hält die ständige Kommission ein Fehlverhalten für nicht erwiesen, so wird das Verfahren eingestellt. Hält sie ein Fehlverhalten für erwiesen, so legt sie das Ergebnis ihrer Untersuchung in Form eines Sachstandsberichts dem Präsidium zur weiteren Veranlassung vor.
Die wesentlichen Gründe, die zur Einstellung des Verfahrens oder zur Weiterleitung an das Präsidium geführt haben, sind der oder dem Betroffenen und der informierenden Person schriftlich mitzuteilen. Ein internes Beschwerdeverfahren gegen die Entscheidung der ständigen Kommission ist nicht gegeben.

§ 14

Ergänzende Maßnahmen, Aufbewahrung der Akten

- (1) Soweit es zum Schutze Dritter, zur Wahrung des Vertrauens in die wissenschaftliche Redlichkeit, zur Wiederherstellung ihres wissenschaftlichen Rufes, zur Verhinderung von Folgeschäden oder sonst im begründeten Interesse liegt, sind betroffene Dritte (z.B. Wissenschaftsorganisationen) und gegebenenfalls die Öffentlichkeit in angemessener Weise über das Ergebnis des Untersuchungsverfahrens durch die*den Präsident*in zu unterrichten.

- (2) Der*die Präsident*in berät diejenigen Mitglieder der Universität, insbesondere Nachwuchswissenschaftler*innen und Studierende, die unverschuldet in Vorgänge wissenschaftlichen Fehlverhaltens verwickelt wurden, in Bezug auf eine Absicherung ihrer persönlichen und wissenschaftlichen Integrität.
- (3) Die Akten der Prüfungsverfahren der Kommission werden 30 Jahre aufbewahrt.

§ 15 Folgen

Der folgende Katalog möglicher Sanktionen bzw. Konsequenzen auf wissenschaftliches Fehlverhalten ist - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - als erste Orientierungshilfe zu verstehen. Da jeder Fall anders gelagert ist und auch die Schwere des festgestellten wissenschaftlichen Fehlverhaltens eine Rolle spielt, gibt es keine einheitliche Richtlinie adäquater Reaktionen; diese richten sich vielmehr nach den Umständen des Einzelfalls. Diese Maßnahmen fallen nicht in die Zuständigkeit der Kommission, sondern werden von den zuständigen Stellen getroffen bzw. von diesen in die Wege geleitet.

(1) Akademische Maßnahmen

In Betracht kommen insbesondere:

- a. Entzug der Befugnis zur Betreuung von Promotionen
- b. Entzug des Doktorgrades
- c. Entzug der Lehrbefugnis

(2) Widerruf von wissenschaftlichen Publikationen

Autor*innen sowie beteiligte Herausgeber*innen sind verpflichtet, wissenschaftliche Publikationen, die aufgrund wissenschaftlichen Fehlverhaltens fehlerbehaftet sind, zurückzuziehen, soweit sie noch unveröffentlicht sind, und richtigzustellen, soweit sie veröffentlicht sind.

(3) Zivilrechtliche Maßnahmen

Folgende zivilrechtliche Maßnahmen können in Betracht kommen:

- a. Erteilung eines Hausverbots
- b. Herausgabeansprüche gegen die*den Betroffene*n, etwa auf Herausgabe von entwendetem wissenschaftlichem Material oder dergleichen
- c. Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche aus Urheberrecht, Persönlichkeitsrecht, Patentrecht und Wettbewerbsrecht
- d. Rückforderungsansprüche, etwa von Stipendien, Drittmitteln oder dergleichen
- e. Schadensersatzansprüche bei Personenschäden, Sachschäden oder dergleichen

(4) Strafrechtliche Maßnahmen

Strafrechtliche Konsequenzen kommen immer dann in Betracht, wenn der Verdacht besteht, dass wissenschaftliches Fehlverhalten zugleich einen Tatbestand des Strafgesetzbuches (StGB) bzw. sonstiger Strafnormen oder Ordnungswidrigkeiten erfüllt.

Mögliche Straftatbestände sind unter anderem:

- a. § 202a StGB: Ausspähen von Daten
- b. § 204 StGB: Verwertung fremder Geheimnisse
- c. § 222 StGB: Fahrlässige Tötung
- d. §§ 223, 230 StGB: Vorsätzliche oder fahrlässige Körperverletzung
- e. § 242 StGB: Diebstahl
- f. § 246 StGB: Unterschlagung
- g. § 263 StGB: Betrug
- h. § 264 StGB: Subventionsbetrug
- i. § 266 StGB: Untreue
- j. § 267 StGB: Urkundenfälschung
- k. § 268 StGB: Fälschung technischer Aufzeichnungen
- l. § 303 StGB: Sachbeschädigung
- m. § 303a StGB: Datenveränderung
- n. § 106 Urheberrechtsgesetz: Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke

(5) Arbeits- und beamtenrechtliche Maßnahmen

Sofern die*der Betroffene in einem Beschäftigungsverhältnis zur Universität Paderborn steht, kommen grundsätzlich auch arbeits- bzw. beamtenrechtliche Maßnahmen, wie z.B. Abmahnung, Kündigung, Vertragsauflösung, Entlassung aus dem Beamtenverhältnis und disziplinarrechtliche Maßnahmen in Betracht.

§ 16 Inkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Universität Paderborn in Kraft.
- (2) Gemäß § 12 Abs. 5 des Hochschulgesetzes kann nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Ordnung gegen diese Ordnung die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 - 1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
 - 2. das Präsidium hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
 - 3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt oder
 - 4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Universität Paderborn vom 09. Juni 2021

Paderborn, den 10. September 2021

Die Präsidentin
der Universität Paderborn

Professorin Dr. Birgitt Riegraf

Guidelines and Procedures for Safeguarding Good Research Practice at Paderborn University

dated 10 September 2021

On the basis of Section 2 (4) and Section 4 (4) sentence 3 of the North Rhine-Westphalia Higher Education Act (Higher Education Act – HG) of 16 September 2014 (GV. NRW. sentence 547), last amended by Section 2 of the Act dated 25 March 2021 ([GV. NRW. sentence 331](#)), Paderborn University has issued the following regulation:

Contents

Preamble.....	3
Section 1: Good Research Practice – Guidelines and Standards	4
1 Guiding Principles	4
2 Organisational Responsibility & Executive Responsibility	4
3 Promotion and Supervision of Early Career Researchers.....	5
4 Dimensions of Performance and Assessment Criteria	6
5 Research Concept and Research Design	6
6 Roles, Responsibilities, and Authorship	7
7 Research Process.....	8
8 Publication and Archiving	8
9 Reviews and Discussions	9
10 Ombudsperson.....	10
Section 2: Research Misconduct.....	11
11 Definition	11
12 Standing Commission for Safeguarding Good Research Practice	12
13 Procedure for Investigating Allegations of Research Misconduct.....	13
14 Supplementary Actions, Retention of Files and Records	14
15 Consequences	15
16 Entry into Force.....	16

Preamble

The freedom of science, research and teaching, which is enshrined in the Basic Law for the Federal Republic of Germany, is one of the fundamental rights of our society. This constitutionally guaranteed freedom alone makes it possible to acquire genuine knowledge, the driving force behind all research and scientific endeavours. Inherent in this privilege is the demand for integrity and credibility – which form the foundation of the trust that society places in research and science.

To warrant, maintain and foster this trust, Paderborn University is particularly committed to safeguarding good research practice and has established the following regulation¹ for this purpose in accordance with the resolutions of the General Assembly of the German Research Foundation (DFG) adopted on 3 July 2019. With the guidelines, standards and procedures contained therein, Paderborn University is fulfilling its institutional responsibility to safeguard good research practice. All research and scientific staff are responsible for implementing the guiding principles of good research practice in all their actions, and management level staff members are in turn required to enable and empower all employees accordingly. This is supported by the university committees, which are in charge of establishing conducive framework conditions. Paderborn University views good research practice as a cross-cutting issue and has therefore installed mechanisms at different levels.

At Paderborn University, communicating the basics of research integrity starts during the degree programmes and continues in specific further education courses on good research practice for early career researchers. Supervision agreements at Paderborn University are aligned with the guidelines and standards on hand. To fulfil its function as a guiding framework and to introduce the applicable standards at the university, all research and scientific staff receive the guidelines once they have been adopted by the Senate. New research and scientific staff will receive the document on hand when they sign their contracts in future.

¹ The background to the paper on hand is based on the considerations, concepts and recommendations of the following documents: European Commission – The European Charter for Researchers and The Code of Conduct for the Recruitment of Researchers (2005); All European Academies – The European Code of Conduct for Research Integrity (2017); Wissenschaftsrat [German Council of Science and Humanities] – Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten [Recommendations on Career Goals and Paths at Universities] (2014); Wissenschaftsrat [German Council of Science and Humanities] – Empfehlungen zu wissenschaftlicher Integrität [Recommendations on Academic Integrity] (2015); Hochschulrektorenkonferenz [German Rectors' Conference] – Zur Qualitätssicherung in Promotionsverfahren [On Quality Assurance in Doctoral Examination Procedures] (2012), as well as the Ombudsman für die Wissenschaft [German Research Ombudsman] – Verfahrensgrundsätzen des Ombudsman für die Wissenschaft [Procedural Principles of the German Research Ombudsman] (2019). These guidelines are intended to be a further development of the document “Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten in der Universität Paderborn” [Rules for the securing of good academic practice and basic principles for the procedure on suspicion of academic misconduct at the University of Paderborn] (2009). In order to ensure conformity with the “Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis” [Guidelines for Safeguarding Good Research Practice] code of conduct by the German Research Foundation (DFG) in the version dated September 2019, this regulation is closely aligned with the wording used in the code as well some of the wording used in the memorandum “Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftliche Praxis” [Proposals for Safeguarding Good Scientific Practice] (2013) and the “Verfahrensordnung zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten” [Rules of Procedure for Dealing with Scientific Misconduct] (2019) by the German Research Foundation (DFG). In addition, the drafting of the document was inspired by the following adopted and published guidelines and regulations: University of Konstanz (February 2018), RWTH Aachen (April 2020), University of Münster (May 2020), Cologne University of Applied Sciences (December 2019), Heinrich Heine University Düsseldorf (October 2020).

The institutional bodies for safeguarding good research practice and the further development of relevant standards are the Ombudsperson of Paderborn University and the Standing Commission for Safeguarding Good Research Practice.

Section 1: Good Research Practice – Guidelines and Standards

1 Guiding Principles

- (1) All researchers at Paderborn University are responsible for ensuring that their own conduct complies with the standards of good research practice. They put these fundamental values and norms of research into practice in all their actions and advocate them.

This includes in particular:

- a) working *lege artis*,
 - b) consistently questioning all findings,
 - c) maintaining strict honesty with respect to one's own contributions and those of others,
 - d) permitting and promoting critical discourse in the research community.
- (2) Good research practice especially includes:
- a) The thorough review and careful consideration of the ethical implications associated with the research
 - b) Protecting the individuals involved in the research and safeguarding their rights
 - c) Compliance with data protection regulations
 - d) An understandable description of the applied methods
 - e) Complete documentation of all data collected during the research process and publication-relevant data
 - f) The endeavour to present the research results in a verifiable form
 - g) Correct citation
 - h) Correct use of presentations and illustrations
 - i) The acknowledgement of the rights of others, particularly with respect to intellectual property created by others, or hypotheses, teachings or research and scientific approaches originating from them
- (3) Communicating the principles of good research begins at the earliest possible stage in academic teaching and research training. Researchers are also required to regularly incorporate and implement the developments and standards of good research practice. To this end, experienced and early career researchers support each other in a process of continuous mutual dialogue.

2 Organisational Responsibility & Executive Responsibility

- (1) The Executive Board of Paderborn University, together with the Senate, create the basic framework for research. The Executive Board is responsible for ensuring the compliance with and

communication of good research practice, for providing the necessary infrastructure, especially for archiving research data, and for establishing the necessary conditions enabling researchers to comply with legal and ethical standards.

- (2) The Executive Board ensures that appropriate career support is provided to all researchers and research support staff. This includes clear policies and procedures laid down in writing for staff selection and development as well as for promotion of early career researchers and equal opportunity. The relevant processes are transparent and avoid unconscious bias as much as possible. With regard to staff selection and development, due consideration is given to gender equality, equal opportunities for researchers with disabilities, as well as across-the-board diversity.
- (3) It is incumbent on the Executive Board to ensure that an appropriate organisational structure is in place at the institution. This duty includes making certain that the tasks of leadership, supervision, quality assurance and conflict management are clearly allocated to the individual research work units and suitably communicated to members and affiliates respectively.
- (4) Researchers in executive, leadership or supervisory positions are responsible for their research work unit (e.g. working group). The size and organisation of the research unit are designed to allow leadership tasks, particularly skills training, research support, as well as supervisory duties, to be performed appropriately. They are responsible for the career development of their researchers and research support staff. The head of a research work unit ensures that all members are aware of their roles, rights and duties.
- (5) Suitable organisational measures to prevent the abuse of power and exploitation of dependent relationships are in place at the level of the individual research unit and at the central level at Paderborn University.

3

Promotion and Supervision of Early Career Researchers

- (1) Suitable supervisory structures and policies are established for early career researchers. This also includes offering honest advice for career progression and other career paths, as well as training opportunities. The heads of research work units are also particularly tasked with ensuring the adequate individual supervision of early career researchers, as is integrated in the overall policy of the respective institution.
- (2) Researchers benefit from a balance of support and personal responsibility appropriate to their career level. Through gradually increasing autonomy, they are empowered to shape their career.

4

Dimensions of Performance and Assessment Criteria

- (1) To assess the performance of researchers, a multidimensional approach is required. In addition to research achievements, other aspects may be taken into consideration.
- (2) Quality and originality take precedence over quantity as performance and assessment criteria for examinations, for the award of academic degrees, for hiring, appointments and promotions, as well as for the allocation of funds. Quantitative indicators may only be incorporated into the overall assessment with appropriate differentiation and reflection.
- (3) Along with research performance, involvement in teaching, knowledge and technology transfer, academic self-governance and research or scientific communication are taken into account. In addition, contributions in the interests of society as a whole may also be recognised. The individual researcher's scientific stance, such as the openness to new findings and willingness to take risks, is also considered.
- (4) Taking into consideration the current statutory regulations (including compensation for disadvantages), appropriate allowance is made for periods of absence due to personal, family or health reasons, as well as for prolonged training or qualification phases resulting from such periods, and for alternative career paths or similar circumstances. Where provided voluntarily, individual circumstances stated in curricula vitae are also taken into account – alongside the categories specified in the German General Equal Treatment Act (*Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz*) – when forming a judgement.

5

Research Concept and Research Design

- (1) Researchers adopt a responsible approach to the constitutionally guaranteed freedom of research. They comply with rights and obligations, particularly those arising from statutory requirements and legal frameworks, but also from contracts with third parties and, where necessary, seek approvals and ethics statements². With regard to projects involving the research of people, an informed consent of such persons should be obtained for the tangible research purpose. The legal framework of a research project includes, e.g., documented agreements on usage rights relating to research data and results generated by the project.
- (2) Researchers should adhere to the principles of sound, transparent and efficient financial management of funds and familiarize themselves with the specific funding regulations. They are accountable with regard to the use of funds and cooperate with any authorised audits.
- (3) Researchers should be continuously aware of the risks associated with the misuse of research results. Their responsibility is not limited to compliance with legal requirements, but also includes an obligation to use their knowledge, experience and skills in such a way as to allow risks to be recognised, assessed and evaluated. They pay particular attention to the aspects associated with security-relevant research (dual use).

² These are obtained from the Paderborn University ethics committee or from a relevant ethics committee for the respective subject area.

- (4) Where possible and practicable, researchers conclude documented agreements on usage rights at the earliest possible date in the research project. In principle, those persons who achieved the results of the research project are the ones entitled to them.
- (5) Researchers take into full account and acknowledge the current state of research when planning a project. A prerequisite of identifying relevant and suitable research issues is careful investigation of existing research achievements in the public domain.
- (6) Methods of avoiding (unconscious) distortions in the interpretation of findings, e.g. the use of blinding in experiments, are applied where possible. Researchers examine whether and, if so, to what extent gender and diversity may be of significance to the research project (with regard to methods, work programme, objectives, etc.). The relevant framework conditions are taken into consideration when interpreting findings.

6

Roles, Responsibilities, and Authorship

- (1) The roles and responsibilities of the researchers and research support staff participating in a research project must be clear at each stage of the project. The participants in a research project engage in regular dialogue. They define their roles and responsibilities in a suitable way and adapt them where necessary. Adaptations are particularly advisable if the work focus of one of the participants in the research project changes.
- (2) An author is an individual who has made a genuine, identifiable contribution towards the content of a research text, data or software publication. The contribution must be made towards the research content of the publication. What constitutes a genuine and identifiable contribution must be separately evaluated on a case-by-case basis and depends on the subject area in question.
- (3) Honorary authorship, i.e. participation where no such contribution has been made, is not permissible. A leadership or supervisory function does not itself constitute co-authorship. If a contribution is insufficient to justify authorship within the meaning of Section 2, the individual's support may be appropriately recognised in footnotes, a foreword or an acknowledgement.
- (4) Collaborating researchers agree on the authorship of research results. The decision as to the order in which authors are named is made in good time, normally no later than when the manuscript is drafted, and in accordance with transparent criteria that reflect the conventions within each individual subject area. Researchers may not refuse to give their required consent or unnecessarily delay such consent to a publication of results without sufficient grounds. Refusal of consent must be justified by verifiable criticism of data, methods or results.
- (5) All authors agree on the final version of the work to be published. Unless explicitly stated otherwise, they have joint responsibility for the publication.
- (6) Within the scope of their possibilities, authors seek to ensure that their research contributions are identified by publishers or infrastructure providers in such a way as to allow them to be correctly cited by users.

Research Process

- (1) Each partial step of the research process is carried out *lege artis*. Researchers ensure continuous quality assurance during said research process, in particular by complying with subject-specific standards and established methods. When developing new methods, they attach particular importance to quality assurance and the establishment of standards.
- (2) The origin of data, organisms, materials and software used in the research process is indicated and the reuse of data is substantiated, with original sources being cited. The nature and scope of research data generated during the research process are described. Research data are handled in accordance with the requirements of the relevant subject area. The source code of publicly accessible self-programmed software must be persistent, citable and documented, and an appropriate licence must be selected.
- (3) All information relevant to the materialisation of research results must be documented in such a way as to allow other researchers to replicate, review and assess the results without constraint. This also includes individual results that do not support the research hypothesis. The selection of results must be avoided in this context. Where tangible subject-specific recommendations exist for review and assessment, researchers create documentation in accordance with the relevant guidelines. If the documentation does not satisfy these requirements, the constraints and the underlying reasons are comprehensively presented. Documentation and research results should be protected as effectively as possible against manipulation.

Publication and Archiving

- (1) As a rule, researchers make all results available as part of the research or scientific discourse. In specific cases, however, there may be reasons (e.g. contractual agreements with external funding providers) not to make results publicly accessible (in the narrower sense in the form of publication, but also in the broader sense via other communication channels). In the case of publicly funded research projects, the decision regarding publication may not depend on third parties.
- (2) Researchers decide autonomously – with due regard for the conventions of the relevant subject area – whether, how and where to make their results publicly accessible. Inappropriately small publications are to be avoided. Researchers limit the repetition of content from their publications as (co-)authors to the extent necessary to enable the reader to understand the context.
- (3) Researchers describe research results intended for publication fully and comprehensibly. Where possible and practicable, this also includes making the underlying research data, materials and information to the results, the methods applied, as well as software used, available in recognised archives and repositories in accordance with the FAIR principles (findable, accessible, interoperable, reusable) and presenting the work processes and quality assurance mechanisms used in their

entirety. Researchers provide full and correct information about their own preliminary work and that of others.

- (4) Authors select the publication medium carefully, with due regard for its quality and visibility in the relevant field of discourse. Researchers who assume the role of editor carefully select the publication mediums for which they will undertake this task. The research or scientific quality of a contribution does not depend on the publication medium in which it is made publicly accessible.
- (5) Alongside and in addition to publications in books, conference and convention transcripts, as well as anthologies and journals, authors may also consider academic repositories, as well as data and software repositories. A new or unknown publication medium is evaluated to assess its seriousness. A key criterion for selecting a publication medium is whether it has established its own guidelines for good research practice.
- (6) Researchers back up publicly accessible research data and results, as well as the underlying central materials and, where applicable, the research software used, by adequate means in accordance with Sections 1-5. These are generally retained for a period of ten years in an accessible and identifiable manner in the institution where the data and results were produced or in cross-location repositories. In justified cases, shorter retention periods may be appropriate; the reasons for this are comprehensibly described. The retention period begins on the date when the results are made publicly accessible. The Executive Board provides the necessary infrastructure to this end.
- (7) If researchers have made their findings publicly accessible and subsequently become aware of inconsistencies or errors in them, they make the necessary corrections. If the inconsistencies or errors constitute grounds for retracting a publication, the researchers will endeavour to ensure that the publisher, infrastructure provider, etc. corrects or retracts the publication with a corresponding indication as quickly as possible. The same applies if researchers are made aware of such inconsistencies or errors by third parties.

9

Reviews and Discussions

- (1) In particular, researchers who evaluate submitted manuscripts, funding proposals or personal qualifications are obliged to maintain strict confidentiality with regard to this process. This precludes disclosing the material to third parties or making personal use of it.
- (2) Researchers immediately notify the responsible body of any conflicts of interest, bias or favouritism that may be justified with regard to the research project being reviewed or the person or matter being discussed.
- (3) The duty of confidentiality and disclosure of facts that could give rise to concern regarding bias or favouritism also applies to members of research and scientific advisory and decision-making bodies.

10

Ombudsperson

- (1) The Executive Board appoints an Ombudsperson and a designated substitute as contact persons on issues relating to good research practice and cases of suspected research misconduct. The Executive Board appropriately makes everyone at the university aware of the Ombudsperson.
- (2) As a neutral and qualified contact person, the Ombudsperson advises on issues relating to good research practice and in suspected cases of research misconduct and contributes to solution-oriented conflict mediation. If necessary, the Ombudsperson notifies the Commission for Safeguarding Good Research Practice in the event of suspected cases of research misconduct.
- (3) The Ombudsperson is available for advisory sessions with those people who inform him/her of possible research misconduct. He/she reviews the plausibility of the allegations. The Ombudsperson also advises those who feel they are under the suspicion of research misconduct. In so doing, the Ombudsperson provides advice on possible courses of further action in accordance with this regulation.
- (4) The deans and vice-deans as well as the members of the Executive Board and the University Advisory Board are precluded from being appointed as Ombudsperson and substitute Ombudsperson. The Ombudsperson's term of office is three years. A further term of office is permissible. The same applies to the appointment of the substitute Ombudsperson. The substitute Ombudsperson serves as representative in cases of bias or favouritism or if the Ombudsperson is unable to carry out his/her duties. Furthermore, the Ombudsperson and substitute Ombudsperson may share information for the purpose of mutual consulting, unless expressly requested otherwise. The Ombudsperson and the substitute should not be members of the same faculty. The Ombudsperson reports to the Executive Board on an annual basis.
- (5) The Ombudsperson maintains strict confidentiality when dealing with queries. He/she works independently in the Ombudsperson function and is not subject to directives or bound by instructions.
- (6) Members and affiliates of Paderborn University are at liberty to contact the national German Research Ombudsman appointed by the German Research Foundation (DFG) instead of the Ombudsperson of Paderborn University.

Section 2: Research Misconduct

11 Definition

- (1) Research misconduct shall be deemed to occur in particular if, in a research-relevant context, an individual intentionally or due to gross negligence
 - a) makes misrepresentations,
 - b) claims others' research achievements as his/her own without justification, or
 - c) interferes with others' research.

- (2) Research misconduct within the meaning of sentence 1 shall include, in particular:
 - a) Misrepresentations:
 - a.a.) by fabricating data and/or research findings,
 - a.b.) by falsifying data and/or research findings, in particular
 - i. by suppressing and/or eliminating data and/or results obtained in the research process without disclosing this,
 - ii. by manipulating a representation or illustration,
 - a.c.) by presenting an image and a corresponding statement in an incongruous manner,
 - a.d.) by making inaccurate statements in a grant proposal or within the scope of the reporting obligation (including false statements regarding the publication medium and publications in print) to the extent that they relate to research,
 - a.e.) by claiming another person's (co-)authorship without the latter's consent;
 - b) Unjustified appropriation of others' research achievements
 - b.a.) by using others' content without indicating the source (plagiarism),
 - b.b.) by exploiting others' research approaches and ideas (idea theft),
 - b.c.) by sharing, without authorisation, others' data, theories and findings with third parties,
 - b.d.) by claiming, or assuming without justification, authorship or co-authorship, in particular if no genuine, identifiable contribution was made to the research content of the publication,
 - b.e.) by falsifying content,
 - b.f.) by publishing an as yet unpublished work, finding, hypothesis, teaching or research approach, or otherwise making it available to third parties, without authorisation;

c) interference with others' research, in particular

c.a.) sabotaging research activities (such as damaging, destroying or manipulating experimental setups, instrumentation, documentation, hardware, software, chemicals or other items required by others for research purposes),

c.b.) falsifying or removing, without authorisation, research data or research documents,

c.c.) falsifying or removing, without authorisation, the documentation of research data.

(3) In cases of intent or gross negligence, research misconduct also results from

a) co-authorship of a publication that contains false information or unjustifiably appropriated third-party research achievements,

b) neglect of supervisory obligations if another person has objectively committed research misconduct and this would have been prevented or substantially impeded by necessary and reasonable supervision.

c) the intentional participation (in terms of instigation or abetment) in the intentional misconduct of others,

d) the abuse of power and exploitation of dependent relationships,

e) knowingly making false or malicious allegations against others with regard to breaches of good research practice.

12

Standing Commission for Safeguarding Good Research Practice

(1) For the purpose of safeguarding good research practice, a standing commission shall be appointed by the Senate upon the proposal by the Executive Board in agreement with the Senate. This commission has the mandate to participate in the further development of standards and the preparation of recommendations for good research practice, to clarify allegations of research misconduct, and to conduct the corresponding procedure pursuant to Section 13 of the regulation. The commission works closely with the university's Ombudsperson, but the latter is not a member of said commission.

(2) This shall not affect the responsibility of the examination boards, doctoral and post-doctoral committees, or the faculty boards for establishing and dealing with research misconduct in study and examination matters and in direct connection with the awarding of academic degrees.

(3) The commission is comprised of the following with voting rights for a period of two years:

- Five members from the group of university professors (one member per faculty)
- Two members from the group of academic staff
- One member from the group of students
- One member from the group of technical and administrative employees

- (4) A substitute is appointed for every member in case of any concern with regard to bias or favouritism or in case the member is unable to carry out his/her duties. The commission may consult other appropriate persons in an advisory capacity.
- (5) The deans and vice-deans as well as the members of the Executive Board and the University Advisory Board are precluded from being appointed as members and substitutes of the commission.
- (6) A reappointment is permissible. The commission elects a chairperson and his/her substitute from the group of university professors.
- (7) The commission's meetings are not held publicly. As a rule, the commission meets twice a year and as required. It shall constitute a quorum if more than half of its members are present. The commission makes decisions by a majority of the votes of its members present. All decisions of the commission also require a majority of the commission members from the group of university professors. In the event of a tie, the chairperson has the casting vote.
- (8) The members of the commission perform their function independently and are not subject to directives or bound by instructions. They are subject to official secrecy. If they are not in public service, they must be specifically sworn to secrecy by the chairperson; the same shall apply to persons consulted by the commission as experts. This obligation to maintain secrecy must be put on record.
- (9) The chairperson reports to the Executive Board on an annual basis.

13

Procedure for Investigating Allegations of Research Misconduct

- (1) Every responsible body involved in the procedure for investigating allegations of research misconduct takes appropriate measures to protect both the complainant (person raising the allegations) and the respondent (person suspected of the allegations). The investigation of allegations of research misconduct must be carried out solely in compliance with the obligation of confidentiality and the principle of the presumption of innocence.
- (2) The charge made by the complainant must be made in good faith. Knowingly false or malicious allegations may themselves constitute research misconduct. The charge should not disadvantage the research or professional career prospects of either the complainant or the respondent. Should research misconduct not be proven, the complainant must continue to be protected, assuming that the underlying charge to the allegations cannot be proven to have been made against his/her better knowledge.
- (3) An anonymously made charge may only be investigated in a procedure if the complainant provides the party investigating the allegation with solid and sufficiently concrete facts. If the complainant's identity is known, the investigating body will keep the individual's name confidential and will not share it with third parties without the appropriate consent. Different requirements apply only if there is a legal obligation or if the respondent cannot otherwise properly defend himself/herself because, as an exception, the case concerns the identity of the complainant. The complainant will be promptly informed before his/her name is disclosed; the complainant may decide whether to withdraw the charge due to the impending disclosure of the name.

- (4) If the Ombudsperson receives information about research misconduct, he/she will investigate the facts of the case at his/her own discretion – taking plausibility aspects into account – with regard to specific aspects and significance, possible motives, and with respect to possibilities of dispelling the allegations. The Ombudsperson shall review, separately with the respondent and with the complainant, whether or not to deal with a suspected case. If all three parties agree that the suspicion is unfounded or that the latter could be dispelled in the meantime, there is no need for further proceedings. Otherwise, the Ombudsperson notifies the Commission for Safeguarding Good Research Practice and informs it in writing about the status of the proceedings. The Ombudsperson immediately informs the Executive Board if the formal investigation procedure is initiated. The Ombudsperson also advises the complainant and the respondent that the proceedings have been referred to the commission.
- (5) The commission will meet promptly, as a rule within two weeks, of the Ombudsperson communicating the status of the proceedings. The commission investigates the facts of the case ex officio and examines the allegation in unbiased consideration of the evidence. It is entitled to take any steps necessary to clarify the facts of the case. To this end, the commission may obtain all necessary information, statements and opinions and, on a case-by-case basis, consult experts from the field of the research or scientific matter to be assessed as well as experts on how to deal with such cases. Members, affiliates, committees, faculties and institutions of Paderborn University have to fully support the commission in fulfilling its incumbent tasks. Provided it is expedient, the commission may combine and also re-separate several cases on hand concerning the same facts.
- (6) The affected party (respondent) should be given the opportunity to make a statement. Upon request, the respondent will be heard orally; for this purpose, he/she may involve a person of trust as counsel.
- (7) The commission is obligated to clarify the facts of the case in a timely matter.
- (8) If the standing commission finds that misconduct has not been proven, the proceedings shall be discontinued. If the commission finds misconduct to be proven, it submits the results of its investigation in the form of an assessment report to the Executive Board for further action. The material reasons which led to the discontinuation of the proceedings or to their referral to the Executive Board must be communicated in writing to both the respondent and the complainant. There is no internal procedure for appealing against the decision of the standing commission.

14

Supplementary Actions, Retention of Files and Records

- (1) Insofar as it is necessary to protect third parties, safeguard trust in research integrity, reinstate the university's research and scientific reputation, prevent subsequent damage, or otherwise in the legitimate public interest, the President will appropriately inform affected third parties (e.g. research and scientific organisations) and, if necessary, the general public about the results of the investigation procedure.

- (2) The President will advise those members of the university, in particular early career researchers and students, who were involved in acts of research misconduct through no fault of their own, with regard to safeguarding their personal and research integrity.
- (3) The files and records related to the investigation procedures of the commission are retained for 30 years.

15 Consequences

The following list of potential sanctions and consequences for research misconduct – which does not claim to be exhaustive – is intended to be an initial guide. Since each case is different and the severity of the established research misconduct also plays a role, there is no uniform guideline for appropriate responses; the latter depend instead on the circumstances of the individual case. These actions do not fall within the commission's sphere of responsibility, but are rather taken or initiated by the relevant bodies.

(1) Academic actions

The following may be considered in particular:

- a. Revocation of the authorisation to supervise doctoral degrees
- b. Revocation of the doctoral degree
- c. Revocation of the authorisation to teach (*venia docendi*)

(2) Retraction of academic publications

Authors and any editors or publishers involved are obligated to retract academic publications that contain errors due to research misconduct if they have not yet been published, as well as to correct them if they have already been published.

(3) Actions under civil law

The following actions under civil law may be considered:

- a. Being banned from the premises
- b. Claims for restitution against the offender, e.g. for the return of misappropriated research or scientific material, or similar
- c. Claims for removal and injunctive relief arising from copyright law, personal rights law, patent law and competition law
- d. Repayment claims, i.e. from scholarships, external funding, or similar
- e. Claims for damages in the event of personal injury, property damage, or similar

(4) Actions under criminal law

Actions under criminal law always come into consideration if there is a suspicion that a case of research misconduct also meets the criteria of an element of the German Criminal Code (StGB) or other criminal law provisions or administrative offences.

Possible criminal offences include:

- a. Section 202a StGB: Data espionage
- b. Section 204 StGB: Exploitation of another's secrets
- c. Section 222 StGB: Negligent killing
- d. Sections 223, 230 StGB: Intentional or negligent bodily harm
- e. Section 242 StGB: Theft
- f. Section 246 StGB: Misappropriation
- g. Section 263 StGB: Fraud
- h. Section 264 StGB: Subsidy fraud
- i. Section 266 StGB: Embezzlement
- j. Section 267 StGB: Forgery of documents
- k. Section 268 StGB: Forgery of technical records
- l. Section 303 StGB: Criminal damage
- m. Section 303a StGB: Data manipulation
- n. Section 106 German Act on Copyright and Related Rights (UrhG): Unlawful exploitation of copyrighted works

(5) Actions under labour and civil service law:

If the offender is employed by Paderborn University, actions under labour or civil service law, such as a warning, dismissal, termination of contract, dismissal from civil service, and disciplinary actions, may also be considered.

16

Entry into Force

- (1) This regulation shall enter into force on the date following its publication in the Official Announcements of Paderborn University.
- (2) Pursuant to Section 12 (5) of the Higher Education Act (HG), a violation of procedural or formal requirements of the Higher Education Act or of the regulatory law or other autonomous law of the university may no longer be asserted after a period of one year has elapsed since this regulation was published, unless
 1. the regulation was not duly announced,
 2. the Executive Board has previously objected to the resolution of the commission responsible for decisions related to this regulation,
 3. the university has been notified in advance of the formal or procedural violation, along with specification of the violated legal provision and the fact giving rise to the violation,
 - or
 4. the legal consequence of the exclusion of the right to object were not indicated when the regulation was published.

Executed on the basis of the resolution of the Paderborn University Senate dated 9 June 2021.

Paderborn, dated 10. September 2021

The President
of Paderborn University

Professor Birgitt Riegraf

HERAUSGEBER
PRÄSIDIUM DER UNIVERSITÄT PADERBORN
WARBURGER STR. 100
33098 PADERBORN

[HTTP://WWW.UNI-PADERBORN.DE](http://www.uni-paderborn.de)

ISSN 2199-2819